

---

## Christian Götz: Für eine neue Streitkultur\*

---

Christian Götz, geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, ist seit 1963 hauptamtlicher Mitarbeiter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Nach vorheriger Tätigkeit als Bundesjugendsekretär und Redakteur gehört er seit 1980 dem geschäftsführenden Hauptvorstand an und ist zuständig für die Bildungs- und Kulturarbeit, die Jugendarbeit sowie Fragen der Betriebs- und Unternehmenspolitik.

Der Beitrag von Norbert Römer ist keine „Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte“. Nach einer differenzierten Sachdarstellung und Argumentation zu dieser wichtigen Frage sucht man vergebens. Statt dessen bildet die aktuelle Diskussion über das Selbstverständnis der Gewerkschaften für Römer wohl nur den Aufhänger, um wieder einmal auf den „Kriegspfad“ gegen Kollegen zu gehen, deren politische „Worte und Taten“ ihm seit Jahr und Tag mißfallen, ohne daß sie bisher die „notwendige Reue“ zeigten.

---

\* Stellungnahme *zu* dem Beitrag von Norbert Römer, Politik sozialer Partnerschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/90, S. 217 - 226.

Bedauerlich - und eigentlich auch ein wenig langweilig - ist, daß der „einheit“-Redakteur lediglich „alte Kamellen“ auftischt und erkennbar auch nur über ein unvollständiges, beziehungsweise schlecht sortiertes Archiv verfügt. Sonst wäre ihm nicht entgangen, daß ich zu seinen gegen mich (erneut) erhobenen Vorwürfen entweder längst öffentlich differenziert Position bezogen habe (Beispiel: Bündnispolitik), oder daß er schlicht und einfach die Unwahrheit sagt (Beispiel: Gewerkschaften als Ordnungsfaktor und/oder Gegenmacht).

### Möglichkeiten und Grenzen von Bündnispolitik

Über „Bündnispolitik“ hat in der Tat innerhalb und zwischen den Gewerkschaften eine jahrelange kontroverse Debatte stattgefunden. Im Kern ging es um die Frage, ob Gewerkschaftsfunktionäre bei Aufrufen oder Veranstaltungen mitmachen dürfen, auch wenn sich daran (zahlenmäßig zumeist nur sehr wenige) Kommunisten beteiligen. Für die eine Seite handelte es sich hierbei um einen „ideologischen Sündenfall“; die andere Seite plädierte dafür, von Fall zu Fall unter dem Gesichtswinkel der „politischen Wirksamkeit und Effektivität“ zu entscheiden.

Ausgehend von diesen Grundpositionen war die „Bündnispolitik“ ein wichtiges, von der Öffentlichkeit stark beachtetes Thema des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses, der vom 25. bis 31. Mai 1986 in Hamburg stattfand. Dort habe ich wie folgt Position bezogen:

„Die sogenannte ‚Bündnispolitik‘ ist zugleich ein brisantes und sensibles Thema. Gerade deshalb ist es um so notwendiger, möglichst emotionslos und nüchtern zu argumentieren, sich auf die Darstellung seines politischen Standpunktes zu beschränken und insbesondere auf Diffamierung Andersdenkender zu verzichten...

Im Hinblick auf die kritischen Anmerkungen und Sorgen des Kollegen Rappe (über die aus seiner Sicht unzulässige Unterstützung von Aufrufen und Veranstaltungen, an denen sich auch DKP-Mitglieder beteiligen, Anm. d. Verf.) möchte ich meinerseits eine Abgrenzung vornehmen:

1. Zusammenarbeit mit antigewerkschaftlichen Kräften, die in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen klar benannt werden, sind kompromißlos abzulehnen.
2. Kein verantwortlicher Gewerkschafter kann für bedingungslose oder gar absolute Bündnispolitik eintreten.
3. Niemand befürwortet also wahllose Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Ich möchte es aber nicht damit genug sein lassen, nur Abgrenzungsnotwendigkeiten darzustellen... Das allein genügt nicht. Es müssen gleichzeitig auch die Chancen und Möglichkeiten von Zusammenarbeit mit anderen Organisationen aufgezeigt werden.

Ich würde es auf jeden Fall für völlig falsch halten, bei der Festlegung unserer Haltung zu dieser Frage nur mögliche Gefahren und Berührungspunkte zum Maßstab zu nehmen und sich damit unter Umständen in wichtigen Bereichen handlungs- oder bewegungsunfähig zu machen.

Laßt mich an dieser Stelle zwei positive Beispiele nennen:

*1. Beispiel:* Heute begrüßen wir - das gilt wohl für die meisten, wenn nicht gar für alle führenden Gewerkschafter - den Annäherungsprozeß zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung, der in den letzten Jahren stattgefunden hat. Ich tue das

natürlich auch. Dann sollte ehrlicherweise aber auch nicht vergessen werden, wie mühsam dieser Prozeß war, wie schwer wir uns lange Zeit damit getan haben, in und mit der Friedensbewegung unsere Chancen zu nutzen, für eine friedliche Welt zu streiten.

So hat Georg Benz auf der großen Friedensdemonstration in Bonn am 10. Oktober 1981 gesprochen, obwohl das damals im DGB und bei vielen Gewerkschaften umstritten war. Mir kann man vergleichsweises Engagement vorwerfen.

Fest steht allerdings: Hätte Georg Benz damals Berührungsängste, die im übrigen ja nicht unbedingt ein Ausdruck von Selbstbewußtsein sind, zum Maßstab seines Handelns gemacht, wäre es nicht oder doch erst sehr viel später zu dem heute allgemein begrüßten Annäherungsprozeß sowie zu gemeinsamem Handeln von Gewerkschaften und Friedensbewegung gekommen. Zumindest bezogen auf die junge Generation hat damals der Kollege Benz die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften vergrößert - nicht seine Kritiker.

2. *Beispiel:* Ich habe am 4. Mai 1985 auf einer der drei großen Demonstrationen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Faschismus gesprochen ..

In Frankfurt waren nach Polizeizahlen mehr als 10 000 Menschen versammelt. Vor mir sprach Ety Gingold, die Mitglied der WN ist. Wichtiger ist, daß sie aus dem aktiven Widerstand gegen die Nazi-Diktatur kommt.

Nun frage ich: Hätte ich deshalb nicht reden oder mich gar distanzieren sollen? Nur bei solchem Verhalten hätte ich mich tatsächlich geschämt und im übrigen historische Erfahrungen und politische Prinzipien verraten.

Im Anschluß an Ety Gingold konnte ich als einer der Hauptredner uneingeschränkt gewerkschaftliche Positionen vortragen. Unseren Interessen hat das nicht geschadet; im Gegenteil. Denn genau zu derselben Zeit machten Reagan und Kohl ihren, im In- und Ausland heftig umstrittenen, Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. In Frankfurt war parallel - so schätze ich das auch heute noch ein - ein „Stück des besseren Deutschland“ versammelt, nicht zuletzt in der Wirkung auf unsere Nachbarn in Ost und West.

Die Frankfurter Demonstration, die andere in die Rubrik „unzulässige Bündnispolitik“ einordnen, war eine der diszipliniertesten und zugleich würdigsten Veranstaltungen, die ich in meinem politischen Leben - und ich habe in dieser Hinsicht einige Erfahrungen - mitgemacht habe. Ich möchte diese Erfahrung nicht missen und werde mir auch künftig vergleichbares Engagement nicht verbieten lassen - bei aller Disziplin, die ich als Gewerkschafter habe.... Auch für die Zukunft muß klar sein:

1. Zusammenarbeit praktizieren wir, um für gewerkschaftliche Ziele einzutreten.
2. Maßstab sind jeweils unsere gewerkschaftlichen Positionen sowie die Chance, sie zu realisieren.
3. Unter diesen beiden Bedingungen erfolgt von Fall zu Fall eine genaue Einschätzung.
4. Der Mobilisierung der eigenen Mitglieder kommt immer die denkbar höchstrangige Bedeutung zu. Sie ist durch nichts zu ersetzen.

Wenn diese Punkte beachtet werden, sollte man sich allerdings nicht deshalb von einem solchen Engagement abhalten lassen, weil auch jemand mitmacht, mit dem man sonst wenig oder gar nichts zu tun hat; denn die Alternative wäre, daß die gewerkschaftliche Stimme untergeht. Damit wäre uns nicht gedient (Lebhafter Beifall)."<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Protokoll des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Hamburg vom 25. bis 31. 5.1986, S. 314 - 317.

Ich sehe keinen Grund, die 1986 vorgenommene differenzierte Positionsbestimmung zu ändern. Auch die jüngsten Ereignisse in Osteuropa und der DDR bieten da keinen Anlaß.

Nachzutragen bleibt, daß die Hamburger Debatte von *allen* Beteiligten mit großer Sachlichkeit und Disziplin geführt wurde. Am Ende stand zwar nicht - was auch nicht angestrebt wurde - die „große Harmonie“, aber doch die Erkenntnis, daß *beide* „Grundpositionen“ sich im Rahmen des „gewerkschaftlichen Spektrums“ bewegen. Seit dieser „Klärung“ ist die „Bündnispolitik“ nur noch sehr begrenzt ein öffentliches Thema. Das ist den Gewerkschaften, alles in allem, gut bekommen. Römer muß sich fragen lassen, *wem* er eigentlich damit dient, wenn er heute einen alten, im Rahmen des Möglichen beigelegten Streit erneut zu beleben versucht.

### Gegen falsche Alternativen

An anderer Stelle seines Beitrages behauptet Römer, für mich sei stets klar gewesen: „Gewerkschaften sind ausschließlich Gegenmacht und müssen das auch bleiben.“ Diese Behauptung ist nachweislich falsch. Nach meiner Meinung müssen die Gewerkschaften *alle* Einflußmöglichkeiten möglichst optimal nutzen. Sie dürfen sich deshalb von ihren Interessengegnern keine falschen Alternativen aufzwingen lassen. Diesen Standpunkt vertrete ich nicht erst seit „gestern“, sondern unverändert seit vielen Jahren. Deshalb sei in diesem Zusammenhang aus einem bereits 1974 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ veröffentlichten Grundsatzartikel zitiert:

„Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in die falsche Alternative ‚Ordnungsfaktor‘ oder ‚Gegenmacht‘ drängen lassen.

Arbeitnehmer und Gewerkschaften bilden in der heutigen politischen Ordnung der Bundesrepublik zweifellos ein stabilisierendes Element. Unter anderem über die Betriebsräte nehmen Arbeitnehmer und Gewerkschaften in den Betrieben auch (zum Teil gesetzlich abgesicherte) Ordnungsaufgaben wahr.

In diesem doppelten Sinne sind die Arbeitnehmerorganisationen ein ‚Ordnungsfaktor‘. Das ist nichts Negatives; von dieser Tatsache beziehen die Gewerkschaften einen erheblichen Teil ihrer realen Macht.

Andererseits haben die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, gesellschaftsverändernd zu wirken. Dazu gehört unter anderem, Einfluß und Macht gegen diejenigen gesellschaftlichen Gruppierungen einzusetzen, die ihre Privilegien behalten und eine weitere Emanzipation der Arbeitnehmerschaft (zum Beispiel durch wirksame Reformen) verhindern wollen. In diesem Sinne wird gewerkschaftliche ‚Gegenmacht‘ wirksam. Diese richtet sich aber nicht gegen den demokratischen Staat, sondern - im Gegenteil - gegen seine unzureichende Verwirklichung. Ob solche Politik dann ‚Systemüberwindung‘ genannt wird, ist letztlich von sekundärer Bedeutung.“<sup>2</sup>

Trotzdem ist es richtig, daß die Debatte um die Frage „Ordnungsfaktor/ Gegenmacht“ in den Gewerkschaften immer wieder aufflackert und ihre

---

<sup>2</sup> Christian Götz, Die Hoffnungen auf eine „neue Gesellschaft“ erfüllten sich nicht / 25 Jahre DGB: Anmerkungen zu einem Silbernen Jubiläum, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1974.

Geschichte seit 1945 durchzieht. Das wird auch künftig so bleiben. Der Hintergrund dafür ist, daß die einzelnen DGB-Gewerkschaften ihre Akzente sehr unterschiedlich setzen. Manche propagieren und praktizieren so einseitig und ausschließlich „Sozialpartnerschaft“, daß ihre (gleichzeitig) wachzunehmende gesellschaftspolitische Rolle als „Gegenmacht“ de facto fast vollständig eliminiert ist. Ich halte das für falsch, und habe das im konkreten Fall auch öffentlich kritisiert. Genauso ist aber vor der Fehleinschätzung zu warnen, allein mit der lauten Verkündung von Positionen der „Gegenmacht“ lasse sich wirksam Einfluß ausüben oder gar die Welt verändern.

#### Debatte über Selbstverständnis notwendig

Zuzustimmen ist Römer in seiner Forderung nach einer Selbstverständnis-Debatte von DGB und Gewerkschaften. Diese Notwendigkeit ergibt sich vorrangig aber nicht aus dem Niedergang des „realen Sozialismus“ in der DDR und seinen politischen Folgen. Sie war vielmehr schon lange vorher geboten und ist originär begründet. Es geht darum, „hausgemachte Probleme“ anzupacken und schrittweise zu bewältigen:

Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig nicht gerade in einer optimalen Verfassung. Die Skandale um die Gemeinwirtschaft wirken in mehrfacher Weise noch immer nach. Alles in allem stagniert die Mitgliederentwicklung. So gelingt es zum Beispiel nur unzureichend, Angestellte und „neue Arbeitnehmerschichten“ zu gewinnen. Durch Strukturverschiebungen innerhalb der Mitgliedschaft (etwa ständig wachsender Anteil von Teilzeitbeschäftigten und Rentnern) schrumpft die Finanzbasis. Darüber hinaus müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Gewerkschaften in der Einschätzung der überwiegenden Mehrheit von Bürgern und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik heute zu den „alten Organisationen“ rechnen, denen nur sehr bedingt Phantasie, Kreativität sowie die Fähigkeit zu neuen Antworten zugetraut wird.

Dieser unbefriedigende Zustand läßt sich nur schrittweise aufarbeiten und überwinden. Auf jeden Fall genügt es nicht, auf die bewährte Einheitsgewerkschaft zu verweisen. Diese will im Prinzip niemand in Frage stellen. Gleichzeitig sollte aber klar sein: Langfristig wird das „alternativlose Modell“ Einheitsgewerkschaft nur dann Bestand haben, wenn es gelingt, der einheitlichen Interessenvertretung nach *außen* eine damit korrespondierende Vielfalt von Ansprüchen und Meinungen im *Inneren* gegenüberzustellen - und damit auch wachsenden Bedürfnissen nach Berücksichtigung von mehr Individualität Rechnung zu tragen. So gesehen schließen Vielfalt und Einheit sich nicht aus, sondern bedingen sich. Es geht um „*Einheit in der Vielfalt*“.

Ausgehend von diesen Anforderungen müssen die Gewerkschaften Strukturen und Formen, Erscheinungsbild und Angebote ihrer Arbeit ändern und sich tatsächlich - nicht nur in Grundsatzreferaten und Sonntagsreden - für „neue Fragen“ öffnen. Frieden und Abrüstung, Frauenfrage und Emanzipa-

tion, ökologische Herausforderungen - bei allen diesen Zukunftsthemen spielten die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren keine Vorreiterrolle; sie wurden jeweils durch „neue Bewegungen“ aufgegriffen. Fortschrittliche Politik im Arbeitnehmerinteresse läßt sich so nicht gestalten; und auch neue Arbeitnehmerschichten lassen sich so nicht gewinnen.

Bleibt zu hoffen, daß der bevorstehende *DGB-Bundeskongreß* in diesem Sinne nicht nur eine Spar-Diskussion, sondern eine wirkliche Reform-Debatte führt. Diese Debatte sollte möglichst von Offenheit, Selbstkritik und Toleranz geprägt sein - und damit eine neue „Streitkultur“ begründen, an der es bisher noch deutlich mangelt.

Davon könnte dann gegebenenfalls auch Römer noch einiges lernen. Deutliche Kritik und gegebenenfalls auch Provokation haben ihre Berechtigung, weil sie notwendige Diskussionen anschieben und befördern können. Nicht erlaubt sind dagegen unbewiesene Behauptungen, damit verbundene Unterstellungen sowie Tendenzen, die die Grenze von der scharfen Kritik zur Diffamierung überschreiten. Das schadet nur der Sache *und* dem Autor.